

Produktgruppe Justizariat

Die Produktgruppe Justizariat hat das Ziel, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sicherzustellen. Das Recht soll mit ihrer Unterstützung korrekt angewandt, Konflikte möglichst vorprozessual gelöst werden. Wo beides scheitert verteidigt die OE Recht die Interessen der Stadt Offenburg außergerichtlich, in letzter Konsequenz aber auch vor Gericht.

Beratung und Unterstützung in strategischen Rechtssachen / Rechtsservice für Fachbereiche:

Im Vorfeld der Kommunalwahl 2019 steuerte die OE Recht deren rechtmäßige Abwicklung. Die rechtliche Aufbereitung der Wahl war außergewöhnlich umfangreich, auch weil Vorwürfe unzulässiger Wahlbeeinflussung an das Regierungspräsidium herangetragen worden waren. Diese konnten jedoch durch eine lückenlose Aufbereitung des Sachverhaltes wie dessen rechtlicher Bewertung vollständig ausgeräumt werden, so dass das Regierungspräsidium Freiburg als Ergebnis seiner Prüfung die Rechtmäßigkeit der Kommunalwahlen 2019 bestätigen konnte.

Die im Anschluss an die Kommunalwahlen angebotenen Schulungen der Gemeinderatsmitglieder fanden rege Anklang und waren sehr gut besucht.

Einen Schwerpunkt der Beratungstätigkeit bildete die Begleitung des Großprojektes Ortenauklinikum 2030. Hier führte die Organisationseinheit die vorbereitenden Verhandlungen zum städtebaulichen Vertrag und begleitete dessen Finalisierung eng.

Besonders erfolgreich war die Organisationseinheit auch im prozessualen Bereich: die Stadt unterlag in keinem der durch die Organisationseinheit Recht in 2019 geführten Gerichtsverfahren.

Datenschutz:

Die OE Recht stellt in diesem Bereich die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben des Datenschutzes sicher und ist für die Beschäftigten und deren datenschutzrechtliche Fragestellungen Ansprechpartnerin. Der behördliche Datenschutzbeauftragte (bDSB) ist zudem Mitarbeiter der OE Recht.

Wie bereits in den vergangenen Jahren nehmen Anfragen zum Datenschutz weiterhin

zu – eine Normalisierung des Beratungs- und damit auch des Zeitbedarfes ist noch nicht nachhaltig eingetreten. Allerdings haben sich über die vom Datenschutzbeauftragten konzipierte AG Datenschutz solide Arbeitsstrukturen für die Gesamtverwaltung etabliert, um den Datenschutz für die Gesamtverwaltung handhabbar zu machen. Der Umgang mit wiederkehrenden Fragen sowie anzuwendende Standards greifen schrittweise in nahezu allen Bereichen Platz. Allerdings nahm die Zahl der Auskunftersuchen aus der Bevölkerung zu den bei der Stadt Offenburg vorhandenen personenbezogenen Daten spürbar zu. Um jederzeit einen qualifizierten Ansprechpartner für datenschutzrechtliche Anfragen bereit zu stellen, wurde eine Mitarbeiterin der Organisationseinheit Recht zur stellvertretenden Datenschutzbeauftragten bestellt. Damit ist auch den gesetzlichen Anforderungen genüge getan.

Der Datenschutz bleibt eine zeitintensive Daueraufgabe für die Stadtverwaltung, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Digitalisierung der Verwaltung und ihrer Arbeitsprozesse.

Die Vernetzung der Arbeitsebene im Datenschutzsprengel Ortenau hat sich ebenfalls etabliert. Der Sprengel besteht aus allen Großen Kreisstädten, dem Landkreis, der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und dem Polizeipräsidium Offenburg und hat zum Ziel, ein einheitliches kommunales Datenschutzniveau im Ortenaukreis zu erreichen.

Gesetzliche Informationsansprüche:

Die Zahl der Anträge auf Information nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) hielt sich auf gleichbleibendem Niveau. Die OE Recht beriet die Fachbereiche bei der Beantwortung solcher Anträge, übernahm die Bearbeitung besonders komplexer oder schwieriger Fälle aber auch selbst.

Sonstiges:

Die **Kommunale Kriminalprävention** arbeitet nach ihrer Neukonzeption in dezernatsübergreifender Struktur und ist damit breiter aufgestellt. FB 10 nimmt die zentrale Koordination wahr, die Geschäftsstelle liegt bei der Organisationseinheit Recht.

Das **WLAN in der Innenstadt** als wichtiges Infrastrukturprojekt konzipierte und begleitete die Organisationseinheit Recht.